

Irak: UN-Experten warnen vor einem Massaker in Ashraf

Die Mitglieder im Beratenden Ausschuss des UN-Menschenrechtsrats fordern die umgehende Intervention der internationalen Gemeinschaft zum Schutz der iranischen Oppositionellen im Irak.

10.08.2012 - Zehn Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen haben am 10. August in einer gemeinsamen Erklärung auf die „erschreckende Lage“ der 3400 iranischen Asylsuchenden in Ashraf und Camp Liberty im Irak aufmerksam gemacht. Es sei zu befürchten, dass sie erneut Opfer eines Massakers durch irakische Truppen werden.



Zu den Unterzeichnern der Erklärung gehören: Jean Ziegler, Soziologieprofessor und Rechtsexperte (Schweiz, links im Bild), Laurence Boisson de Chazournes, Professorin für Völkerrecht und internationale Organisationen (Frankreich) und Jose Antonio Bengoa, Professor für Sozialwissenschaften und Anthropologie, Experte für Minderheitenrechte (Chile).

„Wir rufen den UN-Generalsekretär, die US-Außenministerin Hillary Clinton und die internationale Gemeinschaft auf, umgehend zu intervenieren, um eine weitere humanitäre Katastrophe zu verhindern“, so die zehn UN-Experten, die Mitglieder im Beratenden Ausschuss des UN-Menschenrechtsrats (Bild unten) sind.

Die Menschenrechtler äußerten sich besorgt über die jüngsten Drohungen der irakischen Regierung, die in Ashraf verbliebenen Exiliraner gewaltsam zu vertreiben. Sie bezeichneten die Gewaltandrohungen gegen die iranischen Oppositionellen als „Ankündigung eines dritten Massakers in Ashraf“ und wiesen darauf hin, dass 2009 und 2011 bei militärischen Angriffen auf die unbewaffneten Exiliraner in Ashraf bereits 47 Flüchtlinge getötet und mehrere hundert verletzt wurden.



In der Erklärung der UN-Experten wird betont, dass es sich bei den Exiliranern in Ashraf und Camp Liberty um politische Flüchtlinge handelt, die vom UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) als Asylsuchende anerkannt wurden. Damit haben sie völkerrechtlich den Anspruch auf Schutz, Sicherheit und Wohlergehen. Sie stehen außerdem unter dem Schutz des Genfer Abkommens.

Der UNO-Generalsekretär, so die Menschenrechtsexperten, sollte einen Sonderbeauftragten für die Lösung der Krise um die iranischen Asylsuchenden in Ashraf ernennen. Die USA und die Vereinten Nationen müssten den Irak nachdrücklich auffordern, für die Besserung der humanitären Lage der Flüchtlinge zu sorgen.